S 6 AL 193/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 18

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Alg

Bemessungsentgelt

Vorbeschäftigung in der Schweiz

Leitsätze -

Normenkette VO (EG) 883/2004 Art. 62 Abs. 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 6 AL 193/19 Datum 29.06.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 18 AL 65/21 Datum 11.11.2021

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 29. Juni 2021 wird zurļckgewiesen.

Â

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Gründe

Â

ı.

Â

Â

Streitig ist die Höhe des Arbeitslosengeldes (Alg) der Klägerin in der Zeit vom 13. Juni 2019 bis 31. Oktober 2019.

Â

Die 1961 geborene Klägerin war vom 1. März 2016 bis 31. Januar 2018 und vom 1. Februar 2018 bis 31. Januar 2019 bei einem Arbeitgeber in der Schweiz als Pflegeassistentin beschäftigt; hinsichtlich der erzielten Entgelte wird auf die Arbeitgeberbescheinigungen â∏ International vom 14. und 16. August 2019 Bezug genommen. Während dieser Zeit begrþndete die Klägerin ihren Wohnsitz in der Schweiz und lebte dort mit Kindern und Enkelkindern, behielt und nutzte aber weiterhin Haus und Grundstück in Deutschland. Die Beendigung der Beschäftigung in der Schweiz erfolgte, weil die Klägerin aufgrund der Erkrankung des Ehemanns nach Deutschland zurückkehrte. In der Zeit vom 1. April 2019 bis zu ihrer Kündigung zum 12. Juni 2019 arbeitete die Klägerin in Deutschland als Pflegehilfskraft.

Â

Die Beklagte bewilligte, nachdem sich die Klägerin mWv 13. Juni 2019 arbeitslos gemeldet hatte, ab 13. Juni 2019 Alg iHv tgl 22,43 â ¬ nach einem Bemessungsentgelt iHv tgl 49,61 (Bescheid vom 30. August 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 4. November 2019). Maà gebend für die Bemessung des Alg sei gemäà Art. 62 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (VO 883/2004) iVm Art. 62 Abs. 2 VO (EG) 883/2004 allein das in der letzten Beschäftigung in Deutschland erzielte Entgelt, nicht jedoch dasjenige der Tätigkeit in der Schweiz. Mit Bescheid vom 28. Oktober 2019 hatte die Beklagte die Alg-Bewilligung zwischenzeitlich wegen einer Beschäftigungsaufnahme der Klägerin mWv 1. November 2019 aufgehoben.

Â

Das Sozialgericht (SG) Potsdam hat die auf höheres Alg unter Berücksichtigung der in der Schweiz erzielten Arbeitsentgelte gerichtete Klage unter Bezugnahme auf den Widerspruchsbescheid und die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts abgewiesen (Urteil vom 29. Juni 2021).

Â

Mit der Berufung verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter. Sie rügt eine Verletzung des Gleichheitssatzes in <u>Art. 3 Grundgesetz (GG</u>). Sie beantragt nach

ihrem Vorbringen,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 29. Juni 2021 aufzuheben und die Beklagte unter ̸nderung des Bescheides vom 30. August 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 4. November 2019 zu verurteilen, ihr für die Zeit vom 13. Juni 2019 bis 31. Oktober 2019 höheres Arbeitslosengeld unter Berücksichtigung des in der Schweiz erzielten Arbeitsentgelts zu gewähren.

Â

Die Beklagte hat sich im Berufungsverfahren nicht zur Sache geäuÃ∏ert.

Â

II.

Â

Der Senat hat gemäÃ∏ § 153 Absatz 4 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) die zulässige Berufung der Klägerin durch Beschluss zurýckweisen können, weil er dieses Rechtsmittel einstimmig fýr unbegrýndet und eine mýndliche Verhandlung nicht für erforderlich gehalten hat. Die Beteiligten sind hierzu gehört worden (vgl. $\frac{A}{5}$ 153 Absatz 4 Satz 2 SGG). Der erforderliche Beschwerdewert ($\frac{A}{5}$ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr 1 SGG) wird ausgehend von dem in der Schweiz deutlich höheren Arbeitsentgelt im Streitzeitraum erreicht.

Â

Die Kl $ilde{A}$ ¤gerin hat keinen Anspruch auf h $ilde{A}$ ¶heres Alg in der Zeit vom 13. Juni 2019 bis 31. Oktober 2019. Die Bemessung des Alg richtet sich (nur) nach dem Arbeitsentgelt, das sie in der Zeit vom 1. April 2019 bis 12. Juni 2019 w $ilde{A}$ ¤hrend ihrer Besch $ilde{A}$ ¤ftigung in Deutschland iSv Art 62 Abs. 1 $ilde{A}$ VO (EG) 883/2004 erhalten hat. Das sich hieraus ergebende Bemessungsentgelt bel $ilde{A}$ ¤uft sich im streitgegenst $ilde{A}$ ¤ndlichen Zeitraum \hat{a} wie von der Beklagten errechnet \hat{a} auf tgl 49,61 \hat{a} und der Alg-Anspruch auf tgl 22,43 \hat{a}

Â

Die Anspruchsvoraussetzungen fÃ $\frac{1}{4}$ r Alg, ohne deren Vorliegen auch eine Klage auf höhere Leistungen keinen Erfolg haben kann (stRspr; vgl nur BSG, Urteil vom 9. Dezember 2004 â $\frac{1}{1}$ B 7 AL 24/04 R = SozR 4-4220 §Â 3 Nr 1 â $\frac{1}{1}$ Rn 12), liegen nach den Feststellungen des Senats vor. Die KlÃ $\frac{1}{1}$ gerin hatte sich mWv 13. Juni 2019 persönlich arbeitslos gemeldet (§Â 137 Abs. 1 Nr 2 SGB III iVm Â§Â 141 SGB III) und war auch arbeitslos (§Â 137 Abs. 1 Nr 1 SGB III, Â§Â 138 Abs. 1 SGB III). Unter BerÃ $\frac{1}{4}$ cksichtigung der nach schweizerischen Rechtsvorschriften vom 1. MÃ $\frac{1}{1}$ Z016 bis 31. Januar 2019 zurÃ $\frac{1}{4}$ ckgelegten Beitragszeiten hatte sie auch die

Anwartschaftszeit erfüIlt, weil sie innerhalb der Rahmenfrist von zwei Jahren beginnend mit dem Tag vor der ErfüIlung aller sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf Alg, dh im Zeitraum vom 13. Juni 2017 bis 12. Juni 2019, mindestens zwölf Monate in einem VersicherungspflichtverhäItnis gestanden hat (vgl Â§Â 142 Abs. 1 SGB III, Â§Â 143 Abs. 1 SGB III).

Â

Die Berýcksichtigung der Regelungen der VO (EG) 883/2004Â und damit auch derjenigen des Art. 61 Abs 1Â VO (EG) 883/2004Â zur Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, Beschäxftigungszeiten und Zeiten einer selbstäxndigen ErwerbstĤtigkeit bei Sachverhalten in mehreren Mitgliedstaaten durch den zustĤndigen Wohnsitzmitgliedstaat, also Deutschland, folgt aus dem Abkommen zwischen der EuropÄxischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (ABI 2002, L 114 S 6; im Folgenden: FZA), das am 21. Juni 1999 in Luxemburg unterzeichnet und durch Gesetz vom 2. September 2001Â (BGBI II 2001, 810) ratifiziert wurde. Es ist insoweit am 1. Juni 2002 in Kraft getreten (BGBI II 2002, 1692). Zur Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit, insbesondere zur Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften und zur Zahlung der Leistungen an Personen, die ihren Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten haben, verweist Art. 8 FZA auf den Anhang II dieses Abkommens in der Fassung durch den Beschluss Nr 1/2012Â des im Rahmen des FZA eingesetzten Gemischten Ausschusses vom 31. MÃxrz 2012Â (ABI 2012, L 103 S 51)Â und damit die Anwendbarkeit der VO (EG) 883/2004 (vgl EuropÃxischer Gerichtshof, Urteil vom 21. MÃxrz 2018 â \Box \Box C-551/16A â \Box \Box juris â \Box \Box Rn 28; EuGH, Urteil vom 23. Januar 2020 â∏∏ <u>C-29/19</u>Â â∏∏ juris â∏∏ Rn 23; vgl zum Ganzen auch BSG, Urteil vom 17. September 2020 â $_{\Box\Box}$ B 11 AL 1/20 R = SozR 4-6065 Art 62 Nr 2 â $_{\Box\Box}$ Rn 15).

Â

Zur Höhe des Alg der Klägerin, bei der keine Kinder zu berücksichtigen sind, bestimmt <u>§Â 149 Abs. 1 Nr. 2 SGB III</u>, dass das Alg 60 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts (Leistungsentgelt) beträgt, das sich aus dem Bruttoentgelt ergibt, das die oder der Arbeitslose im Bemessungszeitraum erzielt hat (Bemessungsentgelt). GemäÃ∏ Â§Â 150 Abs. 1 Satz 1 SGB III umfasst der Bemessungszeitraum die beim Ausscheiden aus dem jeweiligen BeschĤftigungsverhĤltnis abgerechneten EntgeltabrechnungszeitrĤume der versicherungspflichtigen Beschärftigungen im Bemessungsrahmen. Nach Ma̸gabe von <u>§Â 150 Abs. 2 Halbs 2 SGB III</u>Â bleiben bei der Ermittlung des umfasst ein Jahr; er endet mit dem letzten Tag des letzten VersicherungspflichtverhĤltnisses vor der Entstehung des Anspruchs (§Â 150 Abs. 1 Satz 2 Halbs 2 SGB III). Der Bemessungsrahmen wird auf zwei Jahre erweitert, wenn der Bemessungszeitraum weniger als 150 Tage mit Anspruch auf Arbeitsentgelt enthÃxIt (§Â 150 Abs. 3 Satz 1 Nr 1 SGB III)Â oder wenn es mit Rýcksicht auf das Bemessungsentgelt im erweiterten Bemessungsrahmen unbillig hart wÄxre, von dem Bemessungsentgelt im Bemessungszeitraum auszugehen,

wenn die oder der Arbeitslose dies verlangt und die zur Bemessung erforderlichen Unterlagen vorlegt (§Â 150 Abs. 3 Satz 1 Nr 3, Satz 2 SGB III). Kann ein Bemessungszeitraum von mindestens 150 Tagen mit Anspruch auf Arbeitsentgelt innerhalb des auf zwei Jahre erweiterten Bemessungsrahmens nicht festgestellt werden, ist als Bemessungsentgelt ein fiktives Arbeitsentgelt zugrunde zu legen (§Â 152 Abs. 1 Satz 1 SGB III).

Â

Dem nach diesen innerstaatlichen Vorschriften zu bildenden fiktiven Bemessungsentgelt steht indes Art. 62 VO (EG) 884/2004 entgegen. Nach Art. 62 Abs. 1 VO (EG) 883/2004 berücksichtigt der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften bei der Berechnung der Leistungen die HA¶he des frA¼heren Entgelts oder Erwerbseinkommens zugrunde zu legen ist, hier also die Beklagte, ausschlie̸lich das Entgelt oder Erwerbseinkommen, das die betreffende Person wĤhrend ihrer letzten BeschĤftigung oder selbstĤndigen ErwerbstÄxtigkeit nach diesen Rechtsvorschriften erhalten hat. Nach Art. 62 Abs. 2Â VO (EG) 883/2004Â findet Art. 62 Abs. 1Â VO (EG) 883/2004Â auch Anwendung, wenn nach den für den zuständigen Träger geltenden Rechtsvorschriften ein bestimmter Bezugszeitraum für die Ermittlung des als Berechnungsgrundlage für die Leistungen heranzuziehenden Entgelts vorgesehen ist und die betreffende Person wAxhrend dieses Zeitraums oder eines Teils davon den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats unterlag. Dies folgt aus dem Urteil des EuGH vom 21. Januar 2020 (C-29/19 â∏ juris) in dem vom BSG angestrengten Vorlageverfahren (Beschluss vom 23. Oktober 2018 â∏∏ B 11 AL 9/17 R â∏∏ juris). Der EuGH hat klargestellt, dass ungeachtet eines Bemessungszeitraums von mindestens 150 Tagen mit Anspruch auf Arbeitsentgelt im nationalen Recht, der hier nicht erreicht wird, eine fiktive Bemessung nicht mĶglich sei (vgl hierzu BSG, Urteil vom 17. September 2020 $\hat{a} \sqcap B = 11 \text{ AL } 1/20 \text{ R}$ $\hat{a} \sqcap B = 10 \text{ AC}$ and $\hat{a} \sqcap B = 10 \text{ AC}$ a Entgelt der letzten BeschĤftigung bei einem Bemessungszeitraum von weniger als 150 Tagen mit Anspruch auf Arbeitsentgelt auch schon BSG, Urteil vom 17. MĤrz 2015 â∏ B 11 AL 12/14 R = SozR 4-4300 § 131 Nr 6). Die Anknüpfung höherrangigem Recht vereinbar (vgl BSG aaO Rn 24 ff; BSG, Urteil vom 17. September 2020 $\hat{a} \sqcap B 11 AL 1/20 R \hat{a} \sqcap B 10 aaO \hat{a} \sqcap Rn 23 ff mwN). Im Hinblick auf die$ zutreffenden Ausfļhrungen des BSG in den zitierten Urteilen sieht der Senat insoweit von einer Begründung ab.

Â

Die Klägerin hat auch unter anderen rechtlichen Gesichtspunkten keinen Anspruch auf höheres Alg. Sie war keine Grenzgängerin, da Wohnsitzmitgliedstaat und Beschäftigungsstaat zum Zeitpunkt des Eintritts der Arbeitslosigkeit nicht mehr auseinanderfielen. Art. 62 Abs. 3 VO (EG) 883/2004 ist daher nicht anwendbar.

Â

Ausgehend von den dargelegten RechtsgrundsÃxtzen hat die Beklagte das der

Kl \tilde{A} ¤gerin f \tilde{A} ½r die Zeit vom 13. Juni 2019 bis 31. Oktober 2019 zustehende Alg zutreffend berechnet. Auf die ausf \tilde{A} ½hrliche Darlegung in dem angefochtenen Widerspruchsbescheid nimmt der Senat zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung von $\hat{A}\S 193$ SGG.

Â

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine Zulassung der Revision gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} <math>160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 16.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024